

(Allgemeiner Beifall)

Am 9. September hat Frau Staatssekretärin Melanie Huml ihren Geburtstag gefeiert.

(Allgemeiner Beifall)

Der Herr Staatsminister richtet ihr aus, dass wir ihr gratuliert haben. Danke schön.

Am 23. September hatte Herr Kollege Dr. Christian Magerl Geburtstag. Glückwunsch, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Heute könnten wir mit Bernd Kränzle Geburtstag feiern, wenn er da wäre.

(Allgemeiner Beifall)

Alles Gute, Gesundheit.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich einen Hinweis geben: Im Anschluss an die heutige Sitzung findet um 18.30 Uhr hier im Plenarsaal eine Feierstunde statt, in der wir an "20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands" erinnern. Als Festredner erwarten wir den früheren Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher und den ehemaligen ungarischen Botschafter in Deutschland Dr. Sándor Peisch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Teilnahme an diesem Festakt. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir für die erste Sitzreihe eine Sonderregelung haben; heute Abend sind dort Namensschilder aufgestellt. Das gilt nur für die erste Reihe. Ich bitte, ansonsten die Plätze einzunehmen, auch vorne.

Die Feierstunde beginnt pünktlich um 18.30 Uhr. Sie können dann ab 20.00 Uhr noch das tun, was Sie gerne tun möchten, entweder hier im Haus bleiben oder andere Termine wahrnehmen. Bitte bleiben Sie noch bis 20.00 Uhr hier. 20 Jahre Wiedervereinigung sollten wir gemeinsam feiern und uns daran erinnern.

Jetzt darf ich in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Revolution von oben? Atompolitik in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Bayern"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Revolution von oben? Atompolitik in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Bayern" beantragt.

Zur Geschäftsordnung, was die Redezeiten anbelangt, brauche ich nichts zu sagen. Die Regelung ist allen bekannt.

Ich darf als Ersten Herrn Kollegen Ludwig Hartmann ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als die Bundeskanzlerin Anfang September den Kompromiss mit der Atomwirtschaft veröffentlicht hat, sprach sie im Zusammenhang mit dem Energiekonzept von "Revolution". Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich finde es schon ziemlich merkwürdig, dass eine Bürgerin der ehemaligen DDR den Ausdruck "Revolution" in diesem Zusammenhang gebraucht. Für viele Menschen in diesem Land ist eine Revolution ein gesellschaftlicher Umbruch, bei dem ein Großteil der Bevölkerung, der Benachteiligten und Unterdrückten mit den Großen und Mächtigen bricht und einen Neuanfang wagt. Beim schwarz-gelben Atomdeal ist davon gar nichts zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als der Atomdeal nach der nächtlichen Sitzung bekannt gegeben worden ist, hat keiner auf den Straßen getanzt. Das Einzige, was getanzt hat, waren die Aktienkurse zweier großer Energiekonzerne in diesem Land, die davon profitiert haben, nichts anderes.

Besonders erstaunlich an diesem Atomdeal, den die Regierung ausgehandelt hat, ist, dass ihn so gut wie keiner in diesem Land möchte. Die Regierung ist mit den vier Konzernen ziemlich allein. Quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen ist man einhellig der Meinung, dass man diesen Deal so nicht braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die Gründe dafür sind in den vergangenen Wochen oft genug genannt worden. Mit einer Verdreifachung der Restlaufzeiten wird das Sicherheitsrisiko um ein Vielfaches erhöht - nicht nur durch die Länge der Zeit, sondern zusätzlich durch die Alterung der Kernkraftwerke. Die Nachrüstungsprogramme, die so hoch aufgehängt worden waren, wurden zusammengestutzt. Zeitfenster, wann das passieren soll, wurden auf ein Minimum reduziert. Für viele Reaktoren werden diese Maßnahmen wahrscheinlich dann nie kommen.

Die Gewinnabschöpfung - sie wurde in diesem Haus schon lange diskutiert - wurde ganz hoch angesetzt. Man hat von einer Marge von 50 % gesprochen. Davon ist man weit entfernt. Der einzige Schaden, der wohl schlagartig eintreten wird, ist der energiewirtschaftliche: Milliardeneinbußen im Bereich der erneu-

erbaren Energien und Verlust der Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit hat Rot-Grün seinerzeit geschaffen, nicht das Energiekonzept, das jetzt vorgestellt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war eine Planungssicherheit, bei der jeder Beteiligte gewusst hat, wie es weitergeht. Erstens wussten die AKW-Betreiber, dass die AKWs nach einer bestimmten Laufzeit abgeschaltet werden. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - wusste man, wie die Förderungsbedingungen für neue Kraftwerke, für erneuerbare Energien sind. Davon hat Bayern gewaltig profitiert. Das war ein richtiger Fahrplan. Dieser Fahrplan war in einem Bereich sogar erfolgreicher als geplant. Im Bereich erneuerbarer Energien haben wir mehr erreicht, als jegliches Gutachten und jegliche Prognose uns im Jahr 2000 versprochen haben. Wir waren erfolgreicher. Das Einzige, was im Verzug ist, ist der Atomausstieg, und genau den möchten Sie rückgängig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verhängnisvoll sind meiner Meinung nach die in den letzten Wochen geführten Debatten und auch die Berichte, die nach und nach an die Öffentlichkeit kommen, wie es eigentlich zu diesem Atomkompromiss gekommen ist. Das ist schon erstaunlich. Da tagt man nachts, der Minister, der für die Sicherheit dieser Anlagen verantwortlich ist, ist nicht beteiligt. Dort wird dann ausgekartet, wie das neue Atomgesetz aussehen soll.

Diesmal hat man dafür gesorgt, dass eine ganz kleine Klientelgruppe bedient wurde. Klientelpolitik hat die Bundesregierung in den letzten zwölf Monaten schon mehrfach gemacht, aber diesmal hat man wirklich nur vier Unternehmen massiv bedient, während eine ganz große Masse von anderen auf der Strecke bleibt.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang Folgendes - und das sage ich jetzt an die FDP gerichtet -: In die Koalitionsvereinbarung hier in Bayern haben Sie hineingeschrieben, dass Sie die kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen im Energiebereich weiter unterstützen möchten. Genau das passiert aber nicht. Wiederum wird die Machtstruktur für die Großen fest betoniert. Daran wird sich nichts ändern. Deshalb wurde dieser Atomdeal erreicht.

Demokratisch gesehen ist es schon erstaunlich, dass man diese Revolution, die von oben kommt, mit aller Macht durchsetzen möchte. Da ist zum einen die Tatsache, dass der Bundesrat nicht gefragt werden soll. Da geht es schon los. Des Weiteren werden zwei wichtige Bundesbehörden, das Umweltbundesamt

und das Bundesamt für Strahlenschutz, völlig ignoriert.

Es geht noch weiter: Der Sachverständigenrat für Umweltfragen wird links liegen gelassen. Auf seine Bedenken wird keine Rücksicht genommen, man möchte es durchdrücken. Das ist wirklich eine reine Gefälligkeitspolitik für die großen Konzerne, die die Laufzeitverlängerung gewollt haben, für Konzerne, die in der Energiedebatte die Planungssicherheit stets in den Vordergrund stellen, die diese Planungssicherheit bereits im Jahr 2000 bekommen haben und sie jetzt aufgekündigt haben.

Aber die Laufzeitverlängerung reicht den großen Konzernen bei Weitem nicht. Die Regierung geht in ihrer Gefälligkeit noch um einiges weiter. Durch die Änderung des Atomgesetzes wird in laufende Verfahren eingegriffen. Wir haben in Bayern ein anhängiges Verfahren von drei Bürgerinnen und Bürgern, die im Umkreis des AKWs Isar 1 bei Landshut eine Klage zum Thema "Gefahr von Flugzeugabstürzen und deren Auswirkungen" eingereicht haben. Dieses Verfahren ist weiter anhängig, aber ihm soll jetzt die rechtliche Grundlage entzogen werden. Das ist für mich ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich im Zusammenhang mit der Änderung des Atomgesetzes: Die Enteignungsvorschriften und -verfahren zur Erkundung von Gorbien sollen gegen den Widerstand der dortigen Bevölkerung wieder eingeführt werden, um das dort durchsetzen zu können. Ohne zu wissen, ob das überhaupt der richtige Standort ist, wird hier wieder ein Rad zurückgedreht.

Erstaunlich ist auch Folgendes: Diese Regierung hat nicht nur Angst vor den Bundesländern, sie hat Angst vor den eigenen Behörden, sie hat Angst vor den eigenen Sachverständigen, sie hat Angst vor den Gerichten, und, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, diese Regierung hat auch Angst vor den Wählerinnen und Wählern in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sonst lässt sich beim besten Willen nicht erklären, warum man eine Reihe von Geheimverträgen machen musste. Im Umweltausschuss des Bundestages - dort wird dieses Thema heute auch diskutiert - kam heraus, dass zu vermuten ist, dass noch weitere geheime Verträge geschlossen worden sind, geheime Verträge, die dank der Dummheit eines einzigen Managers an die Öffentlichkeit gekommen sind, und Verträge, die zukünftige Regierungen daran hindern sollen, bestimmte Entscheidungen wieder rückgängig

zu machen. Das ist für mich, demokratisch gesehen, ebenso ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Und es hört damit nicht auf. Morgen sollen ähnlich wie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in einer Sitzung die Anforderungen an ein Endlager für hochradioaktive Abfälle weiter nach unten geschraubt werden, um für Gorleben möglichst schnell einen Passierschein zu bekommen. Das kann es auch nicht sein. Da wird genau so weitergemacht, wie man in den letzten Wochen angefangen hat.

Aber zu Recht ist der Aufschrei in diesem Land immer größer geworden. Viele Menschen in diesem Land fragen sich: Wer regiert eigentlich dieses Land? Ist das überhaupt noch das Bundeskabinett, sind es nicht vier große Stromkonzerne,

(Zuruf von der CSU)

oder sind es sogar 41 Männer, die in einer einzigen Anzeige die Kanzlerin zur Erfüllungsgehilfin der Atomwirtschaft gemacht haben? Die Anzeige war geschaltet, kurz danach gelang ein Kompromiss.

Diese Art der Durchsetzung der Atompolitik erinnert mich sehr stark an das Buch von Robert Jungk "Der Atomstaat". Wir erleben, wie mit recht zweifelhaften Methoden die Wünsche der Atomlobby bedient werden. Das haben wir in diesem Land lange nicht mehr so erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, viele von Ihnen waren nie bei einer Demonstration in Gorleben dabei. Auf der linken Seite sicherlich einige. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass es in den nächsten Wochen wieder zu einem Transport nach Gorleben und im Zusammenhang damit zu Demonstrationen kommen wird. Ich war 1998 selbst dabei und habe erlebt, dass die Staatsgewalt diese Atompolitik nur mit Methoden durchsetzen kann, vor denen es einem graust. Da sitzen Tausende von Menschen, die von einem Grundrecht Gebrauch machen und friedlich demonstrieren. In der ersten Stunde werden sie von der Straße getragen. In der zweiten kommt der Wasserwerfer mit einem kleinen Einsatz. Wenn er nach vier Stunden nicht fertig ist, wird der Knüppel ausgepackt, um diese Politik durchzusetzen.

Diese Bilder werden wir im Herbst wieder sehen. Für mich ist dabei erstaunlich, dass eine Kanzlerin das als Revolution bezeichnet. Ich nenne das Konterrevoluti-

on. Das ist auch nicht konservativ, sondern das ist reaktionär.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Huber, bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Energiekonzept des Bundes ist im Interesse des Freistaates Bayern. Es ermöglicht uns, die ökologische und wirtschaftliche Entwicklung Bayerns konsequent fortzusetzen. Deshalb unterstützt die CSU-Landtagsfraktion dieses Konzept des Bundes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte als Begründung zwei Hauptpunkte herausgreifen.

Erstens. Die Entwicklung Bayerns vom Agrarstaat zum modernen, weltweit führenden Industrie- und Technologieland ist mit der Energieentwicklung und der Energiewirtschaft untrennbar verbunden. Das Ölzentrum in Ingolstadt und später der Ausbau der Kernenergie haben uns in diese Lage versetzt. Der Ausstieg aus der Kernenergie würde einen Abbruch dieser wirtschaftlichen Entwicklung und die Gefährdung von Arbeitsplätzen darstellen. Ich sage an die Seite von SPD und GRÜNEN nur: Sie sollten bei Ihrem Kampf um die Kernenergie letztlich auch an die Arbeitsplätze denken, die unmittelbar damit verbunden sind,

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

und zwar nicht nur an die Arbeitsplätze unmittelbar in der Energiewirtschaft, sondern auch an die Arbeitsplätze in der Wirtschaft ganz generell.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein innovatives Land, das an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt steht, braucht eine sichere, umweltfreundliche und preiswerte Energie, sonst ist diese Spitzenposition nicht zu halten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als Zweites sind wir darauf besonders stolz, dass Bayern auch im Bereich von CO₂-freier Stromerzeugung eine Spitzenposition innehat. 85 % des Stroms in Bayern werden CO₂-frei hergestellt - 85 %!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist nur möglich, weil wir 60 % des Stroms, vor allem der Grundlast, aus der Kernenergie beziehen. Wer jetzt schnell aus der Kernenergie aussteigen will, der gefährdet diese ökologische Spitzenposition Bayerns.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb gehört es für mich zu den großen Widersprüchen der Energiepolitik von SPD und GRÜNEN, dass sie zwar vom Klimaschutz reden, aber durch ihre praktische Energiepolitik in Kauf nehmen, dass die CO₂-Belastung massiv nach oben geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen also für die Zukunft einen Energiemix, und das ist auf absehbare Zeit ohne Kernenergie nicht zu schaffen.

Herr Kollege Hartmann, ich bestätige der Bundesregierung ausdrücklich Mut für diese Entscheidung. Es ist ganz billig und ganz einfach auszusteigen. Aber es ist sehr viel schwieriger, in ein Zukunftskonzept einzusteigen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Was im Übrigen das Demokratieprinzip angeht, ist festzustellen: Wir haben vor der Bundestagswahl 2009 in unseren Wahlprogrammen klipp und klar gesagt, dass wir für eine Verlängerung der Laufzeit der kerntechnischen Anlagen einstehen. Die Bürger haben das vor ihrer Wahlentscheidung gewusst, und sie haben in Kenntnis dieser Tatsache Union und FDP einen klaren Regierungsauftrag gegeben.

(Beifall bei der CSU)

Was die Behauptung in Bezug auf Geheimverträge betrifft, sind Sie offenbar nicht auf der Höhe der Zeit. Wenn Sie heute auf die Homepage des Bundesfinanzministeriums sehen, dann werden Sie diesen Vertrag, der zwischen dem Bund und den Konzernen geschlossen werden soll, im Wortlaut finden. Das Ganze geht jetzt erst in die parlamentarischen Beratungen, einschließlich des Vertrages. Da bleibt Gott sei Dank kein Raum für Geheimdiplomatie und auch nicht für Vorwürfe in dieser Beziehung.

Ich halte dieses Konzept des Bundes in der Tat für mutig, und ich halte es für langfristig tragfähig und konkret.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich bin auch der Überzeugung, es gibt kaum ein Land auf der Welt - um nicht zu übertreiben -, das so ein

konsistentes, tragfähiges und zukunftsfähiges Energiekonzept hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von den GRÜNEN - Lachen bei den GRÜNEN)

Eigentlich müssten Sie von SPD und GRÜNEN jubeln, denn im Jahr 2050 sollen 80 % des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien hergestellt werden.

(Ludwig Wörner (SPD): 60 %!)

Bis 2050 sollen auch die Treibhausemissionen um 80 % reduziert werden. Ich behaupte, es gibt kein Land auf der Welt mit diesen ehrgeizigen Zielen. Es wird schwierig sein, sie umzusetzen. Aber nur wer Mut hat und den Weg beschreitet, wird diese Ziele auch erreichen können.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN: Abschalten!)

Ich sage Ihnen den Unterschied zwischen einem Ausstieg im Jahr 2000 und jetzt: Sie haben nur den Ausstieg beschlossen. Jetzt ist ein Zukunftskonzept in der Diskussion.

(Zuruf von den GRÜNEN: Abschalten!)

- Ja, "abschalten", und zwar nach dem Prinzip, der Strom kommt aus der Steckdose, und wie er rein kommt, kümmert uns nicht. Das war das Prinzip.

(Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Jetzt ist mit dem Konzept eine Förderung des Ausbaus von Windparks in der Nord- und Ostsee verbunden. Dafür sollen 5 Milliarden Euro verfügbar gemacht werden.

Zweitens ist es ein großes Versäumnis in der Vergangenheit von Gabriel und Trittin, dass nichts geschehen ist, was die Netze angeht. Zu der Forderung nach einem neuen Energiekonzept, ob regional, lokal oder in der Nord- und Ostsee, ist festzustellen: Es ist in den letzten zehn Jahren nichts geschehen,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt nicht, die Konzepte waren alle da!)

um große Stromtrassen von der Nordsee nach Bayern durchzusetzen. Nichts ist geschehen.

(Hubert Aiwanger (FW): Dann wird's Zeit!)

In Bezug auf die Speicherkapazität ist nichts geschehen.

Das größte Versäumnis von Gabriel und Trittin sehe ich im Bereich des Endlagers.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Ja, natürlich.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Szene, die gegen Kernkraftwerke ist, beklagt, dass es kein Endlager gibt, hat aber in den letzten zehn Jahren alles unterlassen, um in Deutschland Endlager zu erkunden.

(Beifall bei der CSU)

Es ist im Jahr 2000 ein Moratorium verkündet worden. Das heißt, der Salzstock in Gorleben ist in den letzten zehn Jahren nicht weiter erkundet worden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gabriel hat das zwar 2005/2006 angekündigt, aber absolut gar nichts getan. Deshalb sage ich: Da fehlt Ihnen jede Glaubwürdigkeit, was die Endlagertechnologie angeht.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wir werden dafür sorgen, dass dieser Salzstock ergebnisoffen erkundet wird. Wir werden dafür sorgen, dass es dann auch eine sichere Endlagerstätte in Deutschland geben wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Abschalten!)

Lassen Sie mich zum Bereich Sicherheit und Kernenergie noch etwas sagen. Sie haben im Jahr 2000 die Laufzeit der Kernkraftwerke bis 2022 verlängert, also um 20 Jahre. Rot-Grün hat seinerzeit in den Vertrag nichts hineingeschrieben, was mehr Sicherheit angeht. Sie lesen im Gegenteil im Vertrag, die Bundesregierung werde nichts unternehmen, um höhere Anforderungen zu stellen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Im jetzigen Vertrag steht: Es werden in der kommenden Novelle weitere Anforderungen zur Sicherheit nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erhoben. Das heißt, wir werden die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen verbessern und nicht vermindern. Dann kommt der Beitrag der Konzerne. Wenn man das zusammennimmt - Brennelementesteuer und Vertrag -, werden die Konzerne 30 Milliarden Euro leisten müssen. 30 Milliarden Euro!

(Hubert Aiwanger (FW): Das zahlen die Beitragszahler! Das zahlen die Stromkunden! Wer denn sonst?)

- Das weiß ich nicht, wer es bezahlt.

(Hubert Aiwanger (FW): Wer denn sonst? Der Vorstand zahlt nichts!)

- Seien Sie doch einmal ehrlich: Dann bräuchten wir es doch gar nicht zu verlangen, wenn es die Stromkunden bezahlen müssten. Sie denken auch nur von gestern auf heute Mittag, Herr Aiwanger. Der Vorstand bezahlt es nicht. Aber für diese Leistung müssen die Konzerne 30 Milliarden Euro an Brennelementesteuer zahlen und in den Fonds einbringen. Ich sage nur: Bei der Verlängerung im Jahr 2000 hat die seinerzeitige rot-grüne Bundesregierung von den Konzernen null Euro verlangt, und wir verlangen 30 Milliarden Euro.

Herr Kollege Hartmann, Sie sagen, das nütze den Konzernen. Da müssten eigentlich die Kurse explodieren. Im Grunde sind sie nach unten gegangen. Ich finde, es ist eine starke Leistung, dass man die Konzerne in diesem Ausmaß zur Kasse bittet, um damit für die Energieeffizienz und für erneuerbare Energien etwas zu tun.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Das ist ja wirtschaftsfeindlich, was Sie machen!)

Es ist gesagt worden, auf diese Art und Weise würde die Einspeisung erneuerbarer Energie behindert. Ich stelle fest, das EEG gibt der Einspeisung von erneuerbaren Energien weiterhin Vorrang. Da findet keinerlei Verdrängung statt. Heute reagieren die Kernkraftwerke sehr viel schneller als beispielsweise die Kohlekraftwerke. Letztlich kommt auf diese Art und Weise der Strom aus Wind, aus Sonne, Biomasse und dergleichen. Und wenn es nicht reicht, was in einem hohen Ausmaß der Fall ist, dann werden die Kernkraftwerke zugeschaltet. Das ist eine vernünftige Energiepolitik. Ich sage ausdrücklich: Vorrang haben dabei die erneuerbaren Energien, die wir heute ausbauen. Ich sage aber auch, dass wir eine Grenze der Subventionierung sehen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, dass die Dauersubventionierung über die Maßen hinaus zulasten der Haushalte stattfindet. Das muss in einem wirtschaftlich vernünftigen Umfang der Fall sein.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich das zusammenfasse, meine Damen und Herren, so kann ich feststellen: Die Bundesregierung hat ein mutiges Konzept vorgelegt, ein langfristig tragfähiges, ein realistisches, das die Stromversorgung Deutschlands sichert, das umweltfreundlich ist, das die Energie effizient steigert und das die erneuerbaren Energien weiterhin ausbaut. Darin sind wir vorbildlich in der Welt. Die CSU-Fraktion trägt dieses Energiekonzept voll und ganz mit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. - Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kohnen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Huber, ich glaube, Sie waren in den letzten zehn Jahren nicht da.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was haben Sie eigentlich mitbekommen? - Haben Sie mitbekommen, dass Sie in der Großen Koalition im Bund den Atomausstieg mitgetragen haben, und zwar über zehn Jahre lang? - Das Einzige, was Sie getan haben: Sie haben, als Sie merkten, im Jahr 2009 könnte etwas anderes herauskommen, den Netzausbau blockiert. Nichts anderes haben Sie getan. Außerdem, Herr Huber, haben Sie Kontakte zu den Kollegen von der CSU aus Landshut? - Die haben eine andere Meinung als Sie. Sie sind schlichtweg nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Die Menschen in diesem Land sind auf der Höhe der Zeit. Denn die Menschen in diesem Land waren sich zehn Jahre lang sicher - sicher, dass die Politik verstanden hat, was von ihr erwartet wird. Die Menschen erwarten Antworten von der Politik angesichts des Klimawandels, angesichts der zur Neige gehenden fossilen Ressourcen und angesichts der ungelösten Frage des Atommülls. Zehn Jahre lang war man sich sicher, wie diese Antwort lautet. Sie lautet Ja zum Atomausstieg, und sie lautet Ja zu erneuerbaren Energien. Das ist der Zukunftsweg.

Die Menschen waren sich auch sicher, dass es ein Ende in Bezug auf den Atomausstieg geben wird. Vor allen Dingen waren sich die Unternehmen sicher. Die Unternehmen und die Kommunen waren sich sicher, dass sie ihre Investitionen in die Umwelttechnologien und in die Anlagentechnik für die erneuerbaren Energien gut einsetzen für die Wirtschaft in diesem Land. Denn sie waren sich sicher, dass es dazu kommen

wird, dass der Strom aus erneuerbaren Energien den Atomstrom ablösen wird.

Und was haben Sie noch geschafft? Sie haben großartig von Arbeitsplätzen gesprochen. Was haben denn die Unternehmen geschafft? - Sie haben geschafft, dass 300.000 Menschen in den letzten zehn Jahren in Lohn und Brot gebracht wurden. Diese Anzahl ist für das Wirtschaftswachstum enorm. Das sind Arbeitsplätze, Herr Huber.

(Beifall bei der SPD)

Was ist passiert? - Sie waren sich alle sicher, Menschen und Unternehmen, bis zum Jahr 2010. Seit gestern ist aber klar geworden, was Sie tun. Sie kündigen einen Zukunftsweg auf, der ganz klar gezeigt hat, wie diese Wirtschaft vorankommen kann und wie vor allen Dingen die Energiepolitik angesichts des Klimawandels in Richtung einer Energiewende vorankommen kann. Das haben Sie gestern aufgekündigt, und das haben Sie zu einem einzigen Zwecke getan. Sie haben das Ganze um die Atomlobby herumgestrickt. Nichts anderes haben Sie getan.

Ich frage Sie, die Herren und die wenigen Damen in der CSU-Fraktion und FDP-Fraktion: Was ist denn revolutionär an Ihrem Konzept? Ist es revolutionär, weil sie konsequent Politik gegen die Mehrheit in diesem Land machen? Ist es revolutionär, dass Sie in der Energiepolitik eine Rolle rückwärts machen - zurück in die Atomsteinzeit? Oder ist es gar revolutionär, dass Sie mehr Atommüll produzieren, obwohl die Endlagerfrage ungelöst ist? - Herr Kollege Reiß sagte vor Kurzem: Ach, dieser kleine Teil macht nicht mehr so viel aus. Das ist ja eh schon wurst. - Das ist eine krasse Einstellung. Oder legen wir noch eines drauf bei der Endlagerfrage, Herr Huber. Gehen Sie doch einmal zurück in die Kohl-Ära. Wie ist denn Gorleben zustande gekommen? - Das war keine geografische Frage, sondern eine rein politische. Sie haben das Moratorium wieder aufgehoben. Nichts anderes haben Sie getan.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt frage ich Sie: Ist es allen Ernstes revolutionär, sich dem Diktat der Atomlobby zu unterwerfen? Ist das revolutionär?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Energiekonzept ist keine Revolution, sondern eine einzige Kapitulation - Kapitulation vor der Atomlobby, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich wünschte mir eine solche Klientelpolitik angesichts dessen, wie die Sozialverbände schimpfen und Ihnen vorhalten, dass Sie im Moment die Kinderarmut im Land zementieren. Ich wünschte mir, dass Sie darauf einmal so reagieren, wie Sie auf die Atomlobby reagieren. Aber das tun Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Einzige, was Sie zeigen: Sie zeigen den Menschen die kalte Schulter in diesem Bereich. Zu dieser Politik, die Sie auch vom Bund aus in den letzten zwei Jahren in Bayern betreiben, kann ich nur herzlich gratulieren - gegen die Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Herr Söder, Sie können sich in diesem Herbst warm anziehen. Ein heißer Wind wird Ihnen ins Gesicht blasen, aber nicht nur am 9. Oktober. Am 9. Oktober wird es in München das größte Oppositionsbündnis geben. Die Menschenkette wird auch zu Ihnen, zum Umweltministerium reichen. Reihen Sie sich in die Kette ein. Kommen Sie endlich zu Verstand und wir weiter in der Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FW): Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Huber, es geht um eine Frage des politischen Stils. Wie diese Laufzeitverlängerung zustande gekommen ist, das ist fraglich. Für die Politik ist das ein schwarzer Tag. 75 % unserer Bevölkerung wollten diese Laufzeitverlängerung nicht. Man hat sie jedoch beschlossen, Herr Huber, weil die Atomkonzerne den Politikerinnen und Politikern auf dem Schoß saßen. Die Menschen draußen verstehen aber eine solche Politik nicht mehr. Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Volksparteien immer mehr Wählerinnen und Wähler verlieren; denn das ist die falsche Art, Politik zu machen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Frau Kohlen hat es angesprochen. Die CSU in Landshut war Vorreiter gegen Isar 1. Sie hat es nicht einfach so getan. Warum möchte sie, dass Isar 1 vom Netz geht? - Es ist ein Siedewasserreaktor, der von Universitäten als gefährlich eingestuft wurde. Wir haben eine lange Latte an Gründen. Wir werden einen solchen Reaktor wahrscheinlich zehn Jahre länger am Netz lassen. Was ist das für ein Umgang mit Sicherheit? - Das kann nicht sein. Wir müssen dem Sicherheitsbedürfnis gerecht werden. Wir müssen sol-

che Reaktoren vom Netz nehmen. Wir müssen unsere Bevölkerung vor solchen Gefahren schützen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Wir streiten über den richtigen Ansatz, Laufzeitverlängerung ja oder nein. Eines ist aber sicher: Wir haben mit der Laufzeitverlängerung den regenerativen Energien eine große Chance genommen. Viele kommunale Stadtwerke, viele private Investoren hatten viel Geld investiert. Wir waren auf einem sehr guten Weg und diesen Weg verlassen wir jetzt.

(Erwin Huber (CSU): Warum denn?)

Und warum verlassen wir diesen Weg? - Das ist völlig unverständlich. Überall auf der Welt werden wir Deutsche um unsere Energiestandards und unser Energie-Know-how beneidet. Warum? - Weil wir extrem viele Mittel in die Forschung und in die Technik stecken. Bei den erneuerbaren Energien sind wir Vorreiter. Ja, das ist so. Nur, Sie verlassen diesen Weg. Und warum? Weil Sie letztendlich die Laufzeitverlängerung wollen und damit die Entwicklungschancen beschneiden.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt doch gar nicht! - Hubert Aiwanger (FW): Reden Sie mit den Chefs der Stadtwerke!)

- Alle Stadtwerke und alle lokalen Investoren werden Ihnen das bestätigen. - -

(Zuruf von der CSU)

- Wir diskutieren darüber. Sie sind anderer Meinung. Das Problem ist, durch Ihre Laufzeitverlängerung erzeugen Sie weitere 4.400 Tonnen radioaktiven Abfall. Wir haben darüber diskutiert, dass Bayern über 60 % aus Atomstrom gespeist wird. Das bedeutet für Bayern: 1.200 Tonnen für weitere zwölf Jahre.

Eines muss uns auch klar sein: Eine Politik nach dem Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" werden andere Landesparlamente nicht mitmachen. Dieses Floriansprinzip werden Sie uns irgendwann vorhalten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn ich ehrliche Politik mache, dann muss ich auch damit leben, dass wir vielleicht 1.200 Tonnen im Freistaat werden entsorgen müssen. Man kann doch nicht einfach sagen, wir machen darauf zu. Das geht doch nicht. Das ist keine ordentliche Politik.

Ein weiterer bereits angesprochener Punkt, der ebenso ein Problem darstellt: Wir hätten mehr in Netze in-

vestieren müssen. Um mit den regenerativen Energien voranzukommen ist es wichtig, dass erzeugte Energien auch gespeichert werden können. Was wird am Ende des Tages herauskommen? Wir haben die Laufzeitverlängerung, und Biogasanlagen sowie Windkraftanlagen werden vom Netz gehen, weil die AKWs eine Abschaltzeit von 48 Stunden haben. Die Windkraft koppeln wir sofort aus. Sie können sich überlegen, bei wem dann der Gewinn bleiben wird. Der Gewinn wird sicher nicht beim Windkraftanlagenbetreiber oder beim Biogasanlagenbetreiber bleiben. Das ist Ihre Zielrichtung, das wollten Sie. Wir Freien Wähler stehen für dezentrale Strukturen und für regenerative Energien.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehne den Tag herbei, an dem man endlich auch mit den GRÜNEN sachlich über Energiepolitik diskutieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben gesagt, unserer Kanzlerin stehe es als ehemaliger DDR-Bürgerin nicht zu, in diesem Zusammenhang von Revolution zu sprechen. Ihre Absicht, einer Person, einer Bürgerin unseres Landes einen Maulkorb nur aufgrund ihrer Herkunft zu verpassen, möchte ich deutlich zurückweisen.

(Beifall bei der FDP)

Ich verstehe auch nicht, dass Sie von den GRÜNEN das Thema Atom aktuell in den Vordergrund stellen. Ich glaube, die entscheidenden Stellschrauben für eine Energiepolitik der Zukunft müssen breiter greifen und über die Atompolitik hinausgehen. Herr Huber hat es gesagt: Wir sollten uns über intelligente Netze, Speicherung und vor allem die Einsparung von Energie einmal intensiver unterhalten; Sie sollten von Ihrer Schwarz-Weiß-Malerei Abstand nehmen.

Die Diskussion, die wir über das Energiekonzept führen, ist wesentlich für den Industriestandort Deutschland und für den Industriestandort Bayern. Wir brauchen bezahlbare Energie für unsere Industrie und für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist auch wesentlich für den Klimaschutz. Im Zusammenhang mit CO₂ sind vor allem die Kernkraftwerke zu nennen. Dieser Kompromiss ist wesentlich für die Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien. Der allererste Punkt im Energiekonzept des Bundes lautet: Die erneuerbaren Energien sind eine tragende Säule zukünftiger Ener-

gieversorgung. Wie kommen Sie darauf, dass wir den erneuerbaren Energien desinteressiert gegenüberstünden? Im Übrigen werden die Konzerne dazu verpflichtet, 1,4 Milliarden Euro als Sonderabgabe in die erneuerbaren Energien zu stecken.

(Hubert Aiwanger (FW): Das merken die gar nicht! Das geht aus der Portokasse!)

- Herr Aiwanger, Sie haben sicherlich auch gemerkt, dass die Aktuelle Stunde "Revolution von oben?" heißt. Ich möchte Ihnen diese Frage gerne beantworten, da Sie anscheinend selbst keine Antwort darauf finden.

Es war keine Revolution von oben. Wir haben in Bayern unsere Stimme ganz klar für das Zukunftskonzept, für die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien erhoben.

(Ludwig Wörner (SPD): Das haben Sie schön gesagt!)

Unserem Energieminister Martin Zeil ist ein großes Lob dafür auszusprechen, dass er sich auf Bundesebene für die Energieversorgung im Interesse Deutschlands und im Interesse Bayerns eingesetzt hat.

(Hubert Aiwanger (FW): Darum haben wir die höchsten Strompreise in Europa!)

Das muss man einmal festhalten. Danke, Herr Aiwanger für Ihre Zustimmung. Wir von Schwarz-Gelb haben uns auch nicht vor irgendwelchen unbequemen Entscheidungen für die Zukunft weggeduckt, so wie Sie das gemacht haben, nachdem Sie über mehrere Jahre hinweg das Ruder in der Hand hatten. Über Jahre, über Jahrzehnte hinweg wurde das Energiekonzept für Deutschland nicht aktualisiert. Jetzt endlich hat eine Regierung den Mut gehabt, diese entscheidende Zukunftsfrage zu lösen. Wir haben unbequeme Entscheidungen wie die Endlagerfrage nicht vor uns hergeschoben, wie Sie von Rot-Grün das getan haben. Wir haben uns dazu bekannt, dieses Problem zu lösen. Ich bin heute noch dafür dankbar, dass wir durch einen entsprechenden Antrag im Bayerischen Landtag die Weichen im Sinne der künftigen Generationen gestellt haben.

Zu Ihrer weiteren Frage bezüglich der Auswirkungen für Bayern: Wir haben in Bayern einen Handlungsauftrag, der parallel zur Laufzeitverlängerung beachtet werden muss. Wir müssen die erneuerbaren Energien weiter fördern, wir brauchen mehr Windkraft und wir müssen die Biomasse stärker forcieren. Wir haben aber auch Gestaltungsmöglichkeiten. Es sind nicht Laufzeiten in Jahren festgelegt worden, sondern in

Strommengen. Es wird eine wesentliche politische Fragestellung sein, ob man nicht die gleiche Strommenge auch mit weniger Kraftwerken herstellen kann. Darüber müssen wir uns in Zukunft unterhalten. Vor allem - das ist die entscheidende Zukunftsfrage, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition -: Auch mit diesem Energiekonzept sorgen wir für eine umwelt-schonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung in Bayern.

(Hubert Aiwanger (FW): Auch sicher?)

Energiepolitik ist keine Traumtänzeri und auch kein Wunschkonzert. Es ist gut, dass die Bundesregierung mit der kräftigen Unterstützung durch Bayern nicht eine Wunschpolitik an die erste Stelle gesetzt hat, sondern die Sachpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Reiß das Wort erteilen.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Die Bundesregierung entwirft mit ihrem ambitionierten Energiekonzept den ebenso kühnen wie grünen Traum einer kohlenstoffarmen Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie darüber lachen, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist nicht meine Interpretation, Herr Aiwanger, sondern so bewertet der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe das Energiekonzept der Bundesregierung. Es ist die Rede von einer grünen Energiewende, von einem verwegenen Plan und ambitionierten Zielen. Der "Spiegel" ist sicherlich nicht das Zentralorgan der Bundesregierung. Sie reduzieren dieses Konzept auf einen einzigen Teilaspekt. Ich kann Ihnen auch sagen, warum Sie das tun. Sie müssten sonst einräumen, dass mit diesem Energiekonzept erstmals eine Bundesregierung ein langfristiges energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegt.

Erstmals wird der Einstieg in die erneuerbaren Energien konkret definiert, mit Maßnahmen unterlegt und finanziell abgesichert. Wir wollen in Deutschland auf die erneuerbaren Energien umsteigen. Dieser Umstieg muss verlässlich organisiert sein. Bis wir vollständig auf Wind, Sonne und Biomasse setzen können, brauchen wir die Kernenergie - noch länger, als dies die rot-grüne Bundesregierung 2002 willkürlich festgelegt hat. Die Festlegung des Zeitfensters für den endgültigen Ausstieg war offensichtlich ohne Konzept hinsichtlich eines strategischen Umbaus der

Stromversorgung auf erneuerbare Energien und damit willkürlich gewählt.

Jetzt kommen wir diesem Zeitpunkt näher und stellen fest: Ja, Herr Kollege Hartmann, wir haben in den vergangenen zehn Jahren bei den erneuerbaren Energien enorm zugelegt - von damals rund 5 % auf heute bundesweit 16 % und bayernweit sogar auf 25 %. Wenn wir nun 80 % oder sogar 100 % anstreben, dann müssen wir eingestehen, dass das in den nächsten zehn Jahren schlichtweg nicht zu erreichen ist. Wir müssen anerkennen, vor welchen enormen Herausforderungen wir stehen und was es bedeutet, unsere Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen.

Es wird immer behauptet - Sie haben es vorhin auch behauptet, Frau Kollegin -, dass die Verlängerung der Laufzeit den Ausbau der erneuerbaren Energien behindere oder sogar verhindere. Dazu ist zu sagen: Es bleibt beim Einspeisevorrang erneuerbarer Energien. Wenn Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist wird, haben alle anderen Erzeugungsformen zurückzustehen. Es bleibt auch bei den garantierten Vergütungen des Energieeinspeisegesetzes. Damit hat Strom aus erneuerbaren Energien immer Vorfahrt im Netz, auch wenn Sie noch so oft das Gegenteil behaupten.

Wir brauchen eine Großoffensive zur Entwicklung der Speichertechnologie. Die Stromspeicherung ist die Achillesferse für eine effektive und zuverlässige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Bei einer Stromversorgung, die ihre Leistung entsprechend der Wetterlage bereitstellt, ist die größte Herausforderung, Erzeugung und Verbrauch in Einklang zu bringen. Ohne Speichertechnik, die nicht verbrauchte Energien in Zeiten der Überproduktion aufnimmt und in Flautezeiten wieder abgibt, ist keine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien sicherzustellen.

Ein weiterer Schlüssel für die Versorgung der Zukunft ist unser Stromnetz. Ohne neue intelligente Netze schaffen wir keine flächendeckende Versorgung mit erneuerbaren Energien.

Ein weiteres zentrales Anliegen des Energiekonzepts der Bundesregierung ist es, die Energieeffizienz voranzutreiben. Die öffentliche Diskussion konzentriert sich fast ausschließlich auf den Strom und die Kernenergie. Der größte Handlungsbedarf besteht allerdings bei der Gebäudesanierung.

(Ludwig Wörner (SPD): Diese Mittel haben Sie gekürzt! - Hubert Aiwanger (FW): Um eine Milliarde haben Sie sie gekürzt!)

Heute werden in diesem Bereich etwa 40 % der Energie verbraucht. Die 18 Millionen Gebäude in Deutschland sollen bis 2050 energetisch so saniert sein, dass sie kaum noch Energie verbrauchen und die restliche Energie aus erneuerbaren Energien beziehen.

(Hubert Aiwanger (FW): Aktuell wird dieses Programm gekürzt!)

Das geht nur mit den Eigentümern und nicht gegen sie. Daher ist es wichtig, das CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm in den nächsten Jahren massiv aufzustocken. Die zusätzlichen 500 Millionen Euro für die Jahre 2011 bis 2021 sind der richtige Ansatz. Langfristig werden sie aber sicher nicht reichen.

Wir stehen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir stehen für den Ausbau der Stromnetze und der Speicherung. Wir stehen für Energieeffizienz und für die energetische Gebäudesanierung. Auf diese zentralen Handlungsfelder konzentriert sich das Energiekonzept. Es verdient daher unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen.

(Erwin Huber (CSU): Oh mei!)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Huber, Sie haben recht. Man kann nur "Oh mei" sagen, wenn man Ihren Redebeitrag hört. Er hat dieselbe Stabilität und dieselbe Aussagekraft wie Ihre Entscheidungen zur Landesbank, nämlich keine. Im Nachhinein kosten sie nur viel Geld.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was man heute hört, ist ganz interessant und zeugt von hohem Wissensstand in diesem Hause, wenn es um Energie geht. Wer immer noch nicht begriffen hat, dass der Atomstrom den Ausbau der regenerativen Energie behindert, braucht sich nur die Zahlen anzuschauen. Mit diesen wird unehrlich gerechnet. Der Atomstrom wurde ehemals mit 54 Milliarden Euro subventioniert. Das Bauen und Erforschen wurde dabei aber nicht eingerechnet. Die Endlagerung, die nochmals immense Summen kostet, wird auch nicht mit eingerechnet. Wenn ich alle diese Kosten hinzunehme, ist der Atomstrom wesentlich teurer als regenerative Energien. Alle diese Kosten werden unter den Tisch gekehrt.

(Josef Miller (CSU): Das eine ist doch schon bezahlt worden!)

Deswegen behindern verlängerte Laufzeiten für Atomkraftwerke nach der klaren Logik der Finanzwelt den Zugang zu regenerativen Energien. Das sage ich für die, die es noch nicht verstanden haben, denn so etwas muss man gelegentlich wiederholen.

(Beifall bei der SPD - Erwin Huber (CSU): Das, was Sie sagen, ist absurd!)

Ich nehme gerne Ihre Ideologie auf. Sie erzählen überall, dass wir unserer Jugend für die Zukunft keine Schulden hinterlassen sollen, denn die Jugendlichen sollen in Zukunft auch noch etwas machen können. Gilt diese Ideologie nicht genauso für die Frage der Endlagerung? Herr Kollege Reiß, Sie reden von "ein Bissel" Abfall. Dieses Bissel sind bei einer Verlängerung der Laufzeiten in Bayern immerhin 140 Tonnen pro Jahr. Sie können sich das gerne hochrechnen. Sie sind ganz schnell bei der riesigen Zahl von 140.000 Tonnen. Sie können es ausrechnen, was das Bissel bei Ihnen ist. Wir laden es gerne bei Ihnen im Garten ab, damit Sie eine Vorstellung davon haben, welche Menge Sie den Menschen für die Zukunft zumuten. Ich habe wie viele andere meine Zweifel daran, dass Gorleben jemals in Betrieb geht. Möglicherweise wird diese Menge gar nicht in das Lager hineinpassen, und wir werden noch mehr Lagerfläche brauchen.

Der Herr Lebensminister ist im Moment nicht hier. Herr Zeil, Sie wollten sogar Laufzeiten bis in die Ewigkeit, wenn man es richtig liest. Ein einziger junger Mensch bei Ihnen hat einmal laut gedacht. Dem wurde aber sofort der Deckel verpasst. Heute hat er sich sehr vorsichtig ausgedrückt. Nach dem neuen Gutachten kann man Isar 1 schon weiterlaufen lassen. Ich bewundere einen Niederbayern, der sich das zutraut, der auch noch in der Nähe wohnt. Ich verstehe es nicht. Ich halte es für unmöglich, Isar 1 weiterlaufen zu lassen.

Im Übrigen halte ich es auch für unmöglich, wie dieses Thema gestern im Bundeskabinett durchgepeitscht wurde. Zu den Gutachten war keine Frage zulässig. Nicht einmal Expertenanhörungen sollen zu den Gutachten durchgeführt werden, obwohl es diese Gutachten zu hinterfragen gilt. Selbst wohlwollende Menschen halten diese Gutachten für Gefälligkeitsgutachten, die mit Geld von der Lobby derer, die von der Laufzeitverlängerung profitieren, erkaufte wurden. Bei Hotels kann man so etwas vielleicht noch machen. Wenn es aber um die Existenz von Ländern geht, wird es sehr schwierig. Ich meine, die Entscheidung war falsch. Wir werden sie so schnell wie möglich revidieren, und wir werden dazu auch auf die Straße gehen.

Einer Ihrer vermeintlich großen Ministerpräsidenten in Bayern hat auch einmal von einer Fahrradspeichenfabrik geredet. Er hat das, was in Wackersdorf geschehen soll, verniedlicht und verheimlicht. Auch dort haben Sie eins auf die Mütze bekommen. Wir wollen mit dieser unsäglichen Verlängerung der Laufzeiten den sozialen Frieden in Bayern nicht stören, sondern wir wollen, dass Sie mit uns den Konsens tragen, der einmal gefunden worden ist. Offensichtlich darf aber in Ihrer Fraktion selbst der umweltpolitische Sprecher sagen, er sei glücklich darüber, dass es Atomkraftwerke gibt. Wer so etwas sagt, muss völlig neben der Kappe sein.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf (CSU))

- Sie können es gern im Protokoll nachlesen. Dort steht, dass Sie es so gesagt haben. Bestreiten Sie es nicht, denn es war so.

Aufräumen darf ich auch noch mit einer Mär. Die Uranherstellung ist nicht CO₂-neutral. Das Kernkraftwerk ist CO₂-neutral - aber auch nur der Betrieb, nicht jedoch Bau und Abbruch. Beim Erzeugen von Brennstäben werden gigantische Mengen an CO₂ produziert. Auch das sollten Sie nicht verheimlichen. Sie sollten in solchen Fragen bei der Wahrheit bleiben, dann müssen Sie Ihre Aussagen später nicht permanent revidieren. Herr Huber, diese Bundesregierung will nicht 80 % an erneuerbaren Energien erreichen, sondern seit heute Nacht nur mehr 60 %. Viel Spaß dabei!

(Beifall bei der SPD - Erwin Huber (CSU): 80 %!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Man muss wirklich fragen, warum diese Stunde heute Aktuelle Stunde heißt. Diese Argumente haben wir in dieser Legislaturperiode schon mehr als einmal ausgetauscht. Gerade aufseiten der Opposition muss ich feststellen, dass die Lernkurve in dieser Frage sehr flach ist.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Sie werden das noch öfter hören!)

Herr Wörner, Sie haben es gerade angesprochen. Es ist geradezu fahrlässig, auf welchem Niveau hier diskutiert wird. Sie haben dieses Niveau der Oppositionsbeiträge im Übrigen nahtlos fortgesetzt. Es ist schon fahrlässig, wenn hier darüber diskutiert wird, wie wir quasi über Nacht zwei Drittel der bayerischen Stromerzeugung ausknipsen, ohne ein Anschlusskonzept vorzulegen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das ist doch lächerlich! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie agieren hier mit einem Höchstmaß an Unehrllichkeit.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Unehrllich sind Sie!)

Sie sagen den Menschen nicht, was es kostet, diesen Weg weiterzugehen, der von Ihnen angestrebt wird. Es sind jährlich Milliardenbeträge. Uns geht es darum, einen vernünftigen Weg zu finden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer sagt denn nicht, was verlangt wird? Sie tun das!)

Sie belügen am Ende auch die Menschen, weil die Energiewende so, wie Sie sie wollen, gar nicht zu schaffen ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie belügen die Menschen!)

- Frau Kollegin, hier hilft Ihnen auch das Schreien nichts.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Lügen hilft aber auch nichts!)

Wenn Sie schon einen massiven Zuwachs an erneuerbarer Energie wollen, müssen Sie auch zu anderen Maßnahmen Ja sagen. Dazu höre ich von Ihnen kein Ja. Wenn wir über neue Pumpspeicherkraftwerke reden, stehen die Bedenkenräger aus Ihren Reihen als Erste auf den Barrikaden. Sie entdecken dann irgendwelche Frösche, Lurche und Molche, die von dem Gerüttel irritiert werden könnten.

(Hubert Aiwanger (FW): Die werden auch nicht gefragt, wenn die Teiche trockengelegt werden!)

Wenn wir über Leitungsbau reden, stehen Sie als Erste auf den Barrikaden und reden den Menschen ein, der Elektrosmog sei so gefährlich, dass diese Leitung nicht gebaut werden darf.

Meine Damen und Herren, so erreichen Sie nie ein konsistentes Konzept. Das fehlt bei Ihnen seit Jahren.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank sind Sie nicht energiepolitischer Sprecher Ihrer Fraktion!)

Sie verunsichern die Menschen, weil Sie suggerieren, die bayerischen Kernkraftwerke oder die Kernkraftwerke überhaupt seien nicht sicher. Immerhin hat ein Umweltminister Trittin einmal gesagt, dass die deutschen Kernkraftwerke die sichersten auf der ganzen Welt seien. Das fand ich damals einigermaßen be-

merkwürdig. Die Wahrheit ist doch: Wer heute bei den bayerischen Kernkraftwerken aussteigt, steigt morgen in Temelin ein.

Ich bin an dieser Stelle dem bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil sehr dankbar, dass er trotz des vereinzelt Gegenwinds aus den Reihen seiner Landtagsfraktion in der Angelegenheit standhaft geblieben ist und signalisiert hat, dass die bayerischen Kernkraftwerke sehr wohl so sicher sind, dass wir die Laufzeit verlängern können.

(Hubert Aiwanger (FW): Das hat der Wirtschaftsminister festgestellt!)

Ich danke insbesondere unserem Umwelt- und Lebensminister Markus Söder, der mit aller Kraft in Berlin für die bayerischen Interessen eingestanden ist. Sicherlich wäre es leicht, als Umweltminister zu sagen, man wolle am besten schon morgen auch ohne Anschlusskonzept aussteigen, wie Sie das machten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist doch eine Lüge!)

Das ist der einfachste Weg, aber das ist der unehrliche Weg. Ich danke Markus Söder, dass er den unbequemen Weg gegangen ist.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Bleiben Sie doch bei der Wahrheit! - Alexander König (CSU): Hören Sie mit dem Schreien auf, Frau Gote, das Gequietsche ist schrecklich! - Ulrike Gote (GRÜNE): Sie hören doch sonst nicht zu!)

Am Ende, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind Sie scheinheilig, weil Sie während Ihrer Regierungszeit auf Bundesebene versäumt haben, ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Sie haben die Ausstiegsformel nicht um ein Anschlusskonzept ergänzt. Sie hatten kein Konzept für ein Endlager. Sie haben das Endlager sogar torpediert. Sie haben auf Zwischenlager gesetzt. Sie haben nicht über die Brennelementesteuer nachgedacht, sondern eine Pseudo-Ökosteuer eingeführt. Sie haben auch nicht über Verbesserungen der Sicherheit geredet,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Eine so dumme Rede habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

sondern ein Reststrom-Mengen-Geschachere auf den Weg gebracht. Das ist scheinheilig.

Da wir gerade bei der Scheinheiligkeit sind und von den Freien Wähler die Stadtwerke angesprochen worden sind, lieber Herr Aiwanger, will ich dazu bemerken: Bei den Krokodilstränen, die die Stadtwerke München vergießen, weil die Verlängerung schlimm sei, muss ich fragen, ob das an Untreue grenzt; denn

wenn man einen 25-prozentigen Anteil an einem Kernkraftwerk hält, dann sind die zusätzlichen Erlöse deutlich mehr als das, über das gesprochen wird. Das ist der Gipfel der Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der CSU - Natascha Kohlen (SPD): Die wissen, was sie tun!)

Letztendlich haben wir ein Energiekonzept der Bundesregierung, das viel besser ist - weil es viel umfangreicher ist -, als alles, was in der Vergangenheit diskutiert wurde. Ich schlage vor, dass Sie, bevor wir die Diskussion fortsetzen, das Energiekonzept studieren, insbesondere Sie, Herr Hartmann; denn von den 40 Seiten des Energiekonzepts befassen sich immerhin nur eineinhalb Seiten mit der Kernenergie.

Jemand hat vom "heißen Herbst" geredet. Ich meine, es war eher ein laues Lüftchen zu spüren. Ich bitte Sie, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Und zur Wahrheit gehört auch, dass wir in der nächsten Zeit ohne Kernkraft nicht auskommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Zeil das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung gestern das neue Energiekonzept für Deutschland beschlossen hat. Wir begrüßen es auch deshalb, weil wir in Bayern dafür wertvolle Vorarbeiten geleistet haben, sodass Kollege Söder und ich in den Beratungen wesentliche Anstöße geben konnten.

Das Energiekonzept ist nicht nur wertvoll, weil es das erste energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung seit über drei Jahrzehnten ist, sondern, meine Damen und Herren, entscheidend ist, dass Deutschland zum ersten Mal über ein konkretes Konzept mit äußerst ambitionierten Zielsetzungen für die CO₂-Reduzierung, die Steigerung der Energieeffizienz und gleichzeitig den Ausbau der erneuerbaren Energien verfügt. In keinem vergleichbaren bedeutenden Industrieland der Welt gibt es ein solches Konzept. Es zeichnet den Weg Deutschlands vor, nämlich hin zu einer extrem energieeffizienten, ressourcen- und klimaschonenden Volkswirtschaft. Dieses Konzept schafft bei allen Unwägbarkeiten Sicherheit für Investitionen, für alle Beteiligten und insbesondere für unsere energieintensive Industrie.

Die maßvolle Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist dabei ein wichtiges Element, aber es ist bei

Weitem nicht das Einzige. Man hat in der Diskussion manchmal den Eindruck, als ginge es nur um diese Frage. Nein, es geht um das Konzept insgesamt. Die Laufzeitverlängerung - Kollege Söder wird noch auf die Aspekte der Sicherheit eingehen - verschafft uns Zeit für den Umbau unserer Stromversorgung. Wir wollen langfristig den größten Teil unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Der dafür notwendige Ausbau der Netze und der Bau von Speichern sind technische, finanzielle und planerische Kraftakte, die in wenigen Jahren realistisch nicht zu schaffen sind. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Laufzeitverlängerung an Bedeutung, weil sie die Möglichkeit bietet, durch die Abschöpfung eines großen Teils der Zusatzgewinne die finanziellen Mittel, die wir für ein höheres Tempo bei der Energieeinsparung und beim Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen, zu erschließen. Die Laufzeitverlängerung sorgt auch dafür, dass der Strom während dieses Umbaus für Bürger und Betriebe bezahlbar bleibt.

Ich will hinzufügen: Energiepolitik ist Standortpolitik. Wir merken das in vielen Gesprächen mit den energieintensiven Unternehmen in Bayern. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das Beispiel des Chemiedreiecks in Ostbayern. Mehr als 25.000 Arbeitsplätze hängen davon ab. Auch um deren Zukunft geht es. Wer sich hier verweigert, verspielt die Zukunftschancen unseres Landes.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir begrüßen das Konzept aus bayerischer Sicht vor allem deshalb, weil wir den bei uns benötigten Strom weiterhin im eigenen Land erzeugen wollen und nicht auf Stromimporte aus osteuropäischen Kernkraftwerken oder Braunkohlekraftwerken angewiesen sein wollen. Das, meine Damen und Herren, war die Lebenslüge des Atomausstiegs, dass die ehrgeizigen Klimaschutzziele nach Ihrem Modell nur erreichbar gewesen wären, wenn wir Strom aus ausländischen Kernkraftwerken gekauft, oder sie verfehlt hätten, da wir den Strom dann aus klimaschädlichen Kohlekraftwerken bezogen hätten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt doch nicht!)

Mit dieser Lebenslüge des Atomausstiegs machen wir jetzt Schluss.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bayern behält seine hervorragende CO₂-Bilanz und baut seine Spitzenstellung mit zunehmender Nutzung erneuerbarer Energien aus. Wir wollen die Weltmarktführer, die wir auf diesem Gebiet in Bayern haben, weiter unterstützen und damit die Arbeitsplätze erhalten.

Frau Kohnen, Sie haben gesagt, die Menschen seien sicher gewesen. Ich meine, die Menschen waren in wesentlichen Fragen, übrigens auch bezüglich des Endlagers, nicht sicher. Sie haben vorhin gesagt, die Endlagerfrage wäre gelöst, weil man die erneuerbaren Energien ausbauen werde.

(Christa Naaß (SPD): Das hat niemand gesagt!)

Das Konzept stellt sich auch diesem Thema. Deswegen sage ich noch einmal: Ich weiß und verstehe, dass Sie das Thema Atomkraft hochziehen wollen. Aber das ist nur ein Teil des Gesamtkonzepts, das Fragen beantwortet, auf die Sie bisher keine Antwort hatten.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine Damen und Herren, ich halte die Vereinbarungen, die als Geheimvertrag verunglimpft werden, für einen hervorragenden Verhandlungserfolg der Bundesregierung. Sie hat den Betreibern milliardenschwere Zugeständnisse abgerungen,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die sie von der Steuer absetzen können!)

und zwar für Investitionen in die Zukunft.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die Absprachen geben Sie nicht bekannt!)

Sie haben die verfassungsrechtliche Problematik aufgeworfen. Sie haben den Atomausstieg ohne Zustimmung des Bundesrates vorgenommen. Ich sage Ihnen voraus: Bayern wird, wenn es eine Klage gibt, die Gegenklage über die Verfassungswidrigkeit des damaligen Atomausstiegs erheben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Laufzeitverlängerung ist aber auch für den Wettbewerb auf dem Strommarkt nicht schlecht; denn der Wettbewerb ist für den Verbraucher da.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das hat wohl nicht so gut geklappt in den letzten Jahren! - Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Für den Stromkunden ist es gut, wenn es kein künstlich verknapptes, sondern ein möglichst großes Stromangebot gibt. Dann sind auch die Preise niedriger.

(Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Wenn wir dieses Konzept umsetzen, wird sich dies stabilisierend auf die Preise auswirken.

Die Behauptung, die Laufzeitverlängerung würde das Netz für erneuerbare Energien verstopfen - Herr Wörner hat dies gesagt -, ist falsch. Die Redner der Koalitionsfraktionen haben es schon oft genug betont, und man kann es nicht oft genug sagen: Es bleibt beim gesetzlich geregelten Einspeisevorrang für erneuerbare Energien. Es sollte sich herumgesprochen haben, dass Kernkraftwerke ihre Stromproduktion an die fluktuierende Stromerzeugung aus Windkraft und Solarenergie anpassen können. Dieses Konzept verschafft uns die nötige Zeit für den Umbau unseres Stromversorgungssystems. Sie verschafft uns die Zeit, die wir brauchen, wenn wir heute damit anfangen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir sind alle gefordert. Erklären wir den Bürgerinnen und Bürgern, was für den Umbau unserer Stromversorgung notwendig ist, und zwar ganz konkret, von den neuen Hochspannungsleitungen in Oberfranken bis zum Pumpspeicherkraftwerk bei Passau. Widerstehen wir der Versuchung, uns aus politischem Kalkül vor Ort gegen die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für unsere Zukunft zu wenden. Meine Damen und Herren, hier ist Ihre Verantwortung gefragt, falls Sie wirklich Verbesserungen erreichen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Für die Bayerische Staatsregierung kann ich sagen: Das Energiekonzept der Bundesregierung zeigt den Weg zu einer sicheren, klimaschonenden und bezahlbaren Energieversorgung. Diese ist gerade für Bayern jetzt dauerhaft möglich. Deswegen werden wir diesen Weg gemeinsam und entschlossen weitergehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns einige Monate vor dem entscheidenden Weltklimagipfel in Cancún. Die ganze Welt überlegt, wie sie einen Beitrag zur Reduzierung des CO₂ leisten kann. In vielen Ländern der Welt ist dies eine sehr strittige Frage. Die zentrale Frage ist die künftige Energieversorgung. Auf der einen Seite soll CO₂ reduziert werden, auf der anderen Seite soll die Energie bezahlbar sein. Meine Damen und Herren, kaum ein Land der Welt hat dazu bisher eine schlüssige Antwort gegeben. Das einzige Land der Welt, das sich traut, eine mutige Antwort darauf zu geben, ist Deutschland. Das muss man respektieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin total enttäuscht. Heute ist wieder eine Chance versäumt worden. Ich erinnere mich an die Diskussion aus dem Jahre 2000. Damals ist gesagt worden, der Ausstieg aus der Kernenergie sei wegweisend für die Welt. Man sei sicher, dass das, was Schröder und Trittin vereinbarten, überall in der Welt Nachahmer finden werde. Zehn Jahre später sind selbst diejenigen Länder, die damals noch nicht daran gedacht haben, sich für den Ausstieg aus der Kernenergie zu engagieren, wie Schweden, bereit, einen neuen Weg zu gehen. Die rückständigste politische Gruppe in der Energiepolitik sitzt dort auf diesem Platz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Worüber streiten wir eigentlich? Das müssen wir uns einmal überlegen. Sie wollen aussteigen, richtig?

(Thomas Mütze (GRÜNE): Sie nicht!)

- Wir wollen auch aussteigen. Der Beschluss, um den es geht, besagt, dass wir im Schnitt zwölf Jahre länger auf die Kernenergie setzen. Als Reaktion folgt ein heißer Herbst mit Demonstrationen. Meine Damen und Herren, die Kernenergie gibt es in Deutschland bereits seit den Sechzigerjahren. Damals ist Hans-Jochen Vogel ein großer Befürworter der Atomenergie gewesen. Die Verlängerung der Laufzeit um zwölf Jahre führt zu solch einer Diskussion.

Wissen Sie, warum wir diese zwölf Jahre brauchen? Zum Teil haben die Umweltminister Trittin und Gabriel die Verantwortung hierfür zu tragen. Wir reden von einer Brücke. Die Tatsache, wie lang eine solche Brücke ist, hängt davon ab, ob es uns gelingt, erneuerbare Energien tatsächlich ersatzfähig zu machen, und zwar nicht nur über den Preis, über Verbote und das Ordnungsrecht, sondern auch durch Innovation und Intelligenz. Die eigentliche Bankrotterklärung besteht darin, dass nach dem Ausstiegsbeschluss überhaupt nichts getan wurde, um beispielsweise die Speichertechnologie in Deutschland voranzubringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Versäumnis haben die Umweltminister Trittin und Gabriel zu verantworten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie werfen uns vor, wir seien vor der Atomlobby eingeknickt.

(Hubert Aiwanger (FW): Frau Merkel hat selber gesagt, sie fühle sich erpresst!)

Der Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2000 war ein Vertrag. Es stimmt nicht, dass dies mutig, feurig und eifrig aus einer politischen Mehrheit heraus entschieden worden ist. Stattdessen - es ist vernünftig, diesen Weg zu gehen - hat man einen Vertrag geschlossen. In diesem Vertrag - das wundert mich bis heute - ist kein einziger Euro, kein einziger Cent, keine Mark und kein Pfennig vorgesehen, den die Energieindustrie beitragen soll, damit sie ihre Kraftwerke 20 oder 30 Jahre länger laufen lassen kann. Sie haben sich damals nicht getraut und hatten nicht den Mumm, mit diesen Konzernen zu verhandeln, damit Geld herauskommt. Werfen Sie uns nicht vor, dass wir diesen Mut haben. Sie haben damals versagt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Sie verlängern. Wir wollten abschaffen!)

Sind wir uns darüber einig, dass wir ein Endlager brauchen? - Ich hoffe schon. Es geht nicht nur um den Atommüll der nächsten Jahre, sondern auch um den Atommüll, der jetzt produziert wird. Selbst wenn wir jetzt sofort aufhören und alles abschalten würden, müssten wir eine Lösung für den Müll finden. Ich hätte mir gewünscht, die notwendige Debatte nicht politisch, sondern geologisch zu führen. Wo ist der sicherste Standort? In Deutschland hat es derartige Überlegungen langfristig gegeben. Die für Geologie zuständigen Behörden haben schon Voruntersuchungen durchgeführt. Deswegen ist man auf den Standort Gorleben, der grundsätzlich geeignet ist, gekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 1,5 Milliarden Euro sind dafür bereits investiert worden. Wenn wir wie damals nach dem Ausstiegsbeschluss nichts mehr machen, verschieben wir die Probleme Endlager und Atommüll auf die nächsten Generationen. Diese Fehler werden jetzt beseitigt. Sie sollten mithelfen, eine Lösung zu finden, anstatt sich erneut zu weigern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ständig wird hinterfragt, was sicher oder unsicher ist. In den letzten Jahren hat es verschiedene Anfragen im Deutschen Bundestag von verschiedenen Parteien - auch von der SPD und den GRÜNEN - an die zuständigen Bundesumweltminister gegeben. Die Bundesumweltminister Trittin und Gabriel sind gefragt worden, ob Anlagen wie Isar 1 - der Reaktor, den Sie gerne in den Fokus nehmen - sicher seien oder nicht. Auf die Nachfragen folgte immer die Aussage: Reaktoren wie Isar 1 sind sichere Reaktoren und erfüllen alle Sicherheitsanforderungen, die das deutsche Atomrecht vorschreibt.

(Hubert Aiwanger (FW): Solange kein Flugzeug darauf stürzt!)

Lieber Herr Aiwanger, weder Herr Trittin noch Herr Gabriel haben die Diskussion über Flugzeugabstürze geführt, da sie wissen, dass die Absturzproblematik über Luftsicherheit zu lösen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil die Welt nicht Rot-Grün folgt, werden wir es auch nicht tun. Weil die Welt insgesamt auf eine erneuerbare Energie mit Brücken im Bereich der Kernenergie setzt, gehen wir diesen Weg mit. Meine Damen und Herren, es geht um eine nachhaltige Eigenverantwortung, damit wir nicht für unser gutes Gewissen im regionalen Umfeld sagen: In unserem Gebiet gibt es vielleicht keine Kernkraftwerke mehr. Dann würden aber die Strom- und Energieversorger den Strom nicht überteuert aus irgendwelchen Anlagen für erneuerbare Energien holen, sondern möglicherweise aus Stromanlagen wie Temelin. Das wäre nicht nur ökologisch falsch, sondern auch moralisch unglaublich. Deswegen setzen wir auf unsere eigene Verantwortung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vorletzter Satz: Ich wünschte mir, dass Sie nicht mit heißen Demos drohen, auf denen man sich warm anziehen muss. Das ist schon per se eine sprachliche Herausforderung, dass man sich in einem heißen Herbst warm anziehen soll. Eine Frage stellt sich schon jetzt: Die Bundesregierung hat eine Fülle von Ideen, die wir mit Leben erfüllen müssen. Wir haben verschiedene Töpfe und verschiedene Programme. Auch wir Bayern müssen Hirnschmalz aufwenden, um dabei zu sein. Bei Ihnen, bei uns und bei vielen anderen in diesem Land ist ein Ideenpotenzial vorhanden. Lassen Sie uns daran arbeiten, diese Ideen zu konkretisieren.

Wir sollten im Standortwettbewerb um erneuerbare Energiesysteme nicht unsere ganze Kraft in Demos gegen Atomkraftwerke, gegen Windanlagen, gegen Wasserkraftanlagen und gegen Pumpspeicherwerke stecken. Wir sollten unsere Kraft nicht in Demos gegen alles erschöpfen. Wir sollten vielmehr unser Hirn einsetzen, um gute Ideen zu entwickeln. Zu diesem Dialog laden wir Sie herzlich ein. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Zur Orientierung des Auditoriums möchte ich auf § 110 der Geschäftsordnung